

nen Gemeinschaften als „evangelischer Kern der Kirche“ in Lateinamerika weiter entfalten. „Eines der Kennzeichen der kirchlichen Basisgemeinschaften in Lateinamerika ist ihr tief verwurzelter Sinn für Gemeinschaft mit der Hierarchie. Anders als in gewissen Bereichen Europas denkt man bei uns nicht an Gemeinschaften, die sich von der hierarchischen Kirche trennen und ihr gegenüber eine feindselige Haltung eingenommen haben. Solchen Gruppen, die auf „Anfechtung“ aus sind, begegnet man in unseren Ländern viel seltener“ (S. 76, Anm. 60).

Die ausführlichen Kapitel zum „Inhalt der Evangelisierung“ beschränken sich in allen vorliegenden Dokumenten auf eine Aufzählung grundlegender theologischer und pastoraler Lehrinhalte und Praktiken. Lediglich die brasilianischen Bischöfe äußern den (an Rom gerichteten) Wunsch nach mehr Dezentralisierung der pastoralen Arbeit, besonders für den liturgischen Bereich. Als negativ verzeichnen die Brasilianer den Import neuer Theologien, für die das Volk nicht vorbereitet sei.

Chiles Kirche unter Schockwirkung

Einen Beitrag, „der für die Universalkirche von Nutzen sein könnte“, leisten die chilenischen Bischöfe mit einer Rückschau auf die Erfahrungen der Kirche mit dem sozialistischen Regime Salvador Allendes. Auf zehn Seiten will das Dokument das Allende-Regime als typisch marxistisch-totalitäre Herrschaftsform nachträglich entlarven. Daß die chilenischen Bischöfe noch unter der Schockwirkung der

Allende-Ära stehen, zeigen historische Urteile wie: Im Zeichen der internationalen Entspannung wollte man den Marxismus auf christlichem Boden ausprobieren, wovon „die Chilenen selbst am wenigsten begeistert waren“ (S. 8); der chilenische Marxismus „bediente sich systematisch des Hasses, um Personen und Institutionen zu zerstören“ (S. 9); man wählte „erlaubte und unerlaubte Mittel — für die marxistische Moral ist das kein Unterschied“ (S. 11); „wie die Geschichte lehrt, mußte man die Kirche mit Samthandschuhen anfassen — man pflegte nur die Äußerlichkeiten, um die öffentliche Meinung zu beeindrucken“.

Die Aussagen dieses Dokuments stehen in deutlichem Gegensatz zu der damals in Europa herrschenden Verwunderung über eine mit Allende sympathisierende Amtskirche. Dem vorliegenden Papier zufolge brauchte die Kirche in den Jahren 1970 bis 1973 ihre ganze Energie dazu, „sich zu verteidigen und ihre Identität angesichts interner Bedrohungen zu bewahren“ (S. 13). Ihre von pastoraler Sorge motivierte Bereitschaft zum Dialog sollte „den Bruch mit den sozialistischen Priestern verhindern und vermeiden, daß bedeutende Arbeiter-, Bauern- und Studentengruppen endgültig mit dem Glauben brechen“ (S. 13). Das Dokument faßt die Erfahrungen der Kirche mit der „Via Chilena“, dem chilenischen Weg zum Sozialismus, im letzten Satz zusammen: „Man mag denken, daß diese harte Probe der Kirche (in Chile) ein großes Vakuum an christlicher Doktrin und eine fehlende gründliche Glaubenserziehung zu wirklichen Persönlichkeiten vor Augen geführt hat.“

ihrer historischen Ambivalenz, „katholisch und reformiert“ zu sein, erklärt. Direkte Bischofswahlen würden nicht zuletzt die neuere relativ friedliche Koexistenz ihrer „katholischen“ und „evangelischen“ Richtungen gefährden und die alten Wunden aufreißen, die augenblicklich weniger geheilt als unbeachtet sind. Aus diesem Grund ist auch die Frage des sogenannten „disestablishment“, also einer Trennung von Kirche und Staat, weniger akut als in irgendeinem anderen Land, in dem die Kirche froh sein mag, sich der Bürde staatlicher Förderung und Kontrolle entledigen zu können. Die Church of England erträgt das Los der Abhängigkeit ihrer Glaubens- und Kirchenordnung von einem säkularen Parlament und Staat mit relativer Gemütsruhe. Sie weiß aus Erfahrung, daß es besser ist, schlafende Hunde nicht zu wecken.

Überdies genießt sie praktisch erhebliche Freiheiten, so wenig diese auch theoretisch dem Buchstaben des Gesetzes entsprechen mögen. Die Staatskirchenstellung bedeutet für sie ein erhebliches öffentliches Ansehen als Volkskirche, ohne deren Segen bei Taufe, Hochzeit und Begräbnis auch die unglaublich gewordenen englischen Massen ungerne auskommen. Sie entsendet 21 Bischöfe ins Oberhaus, spielt bei den großen nationalen Anlässen noch eine führende Rolle, so leer diese auch geworden ist. Solcher Vorteile, so zweideutig sie auch geworden sind, begibt man sich nicht gern, zumal wenn die Alternativen unvorstellbar sind.

Keine radikale Änderung im Verhältnis Kirche—Staat

So wurde mit der entscheidenden Mehrheit von 270 zu 70 Stimmen — bei 545 Synodenteilnehmern insgesamt — beschlossen, daß bei der Ernennung von Diözesanbischöfen „die Stimme der Kirche entscheidend sein müsse“. Nachdem die Synodenversammlung vom Februar auf dem langen und langsamen Wege einer Befreiung von der staatlichen Kontrolle

Zur Generalsynode der Kirche in England

Auf der Generalsynode der Church of England, die vom 5. bis 8. Juli in York stattfand, stand im Mittelpunkt der Debatte die Frage der Bischofsernennung, nicht jedoch, wie man angesichts

der internationalen Diskussion dieser Frage meinen konnte, auf der Grundlage einer direkten Wahl. In dieser Hinsicht bewahrt die Church of England eine Zurückhaltung, die sich aus

des anglikanischen Gottesdienstes und der anglikanischen Lehre einen Schritt weitergekommen war, wurde von der Generalsynode im Juli eine Entschlie- ßung verabschiedet, die für den Fall einer Sedisvakanz die Einsetzung einer „kleinen, die Diözese und die breitere Kirche repräsentierende Körperschaft“ fordert, von der ein geeigneter Kan- didat dem Premierminister vorgeschla- gen und von diesem dem Staatsober- haupt unterbreitet werden würde.

Es handelt sich um einen typischen englischen Kompromiß, der äußerlich kaum von der bisherigen Gepflogen- heit abzuweichen scheint, obwohl er das gegenwärtige System der Bischofs- ernennung im Prinzip verändern dürfte. In Befürwortung der Ent- schließung sagte Professor *J. N. D. Anderson*, man sei heute zwar weit- gehend überzeugt, daß kein Premier- minister der Krone einen „politischen“ Kandidaten vorschlagen, sondern sich sorgfältig an die kirchlichen Empfeh- lungen halten würde, die durch seinen jeweiligen „Ernennungssekretär“ ein- geholt und sondiert werden. Die Frage sei jedoch, ob solche Neutralität auch für die Zukunft garantiert werden könne. Unter dem gegenwärtigen Sys- tem kann theoretisch ein nichtchristlicher Regierungschef die letzte Ver- antwortung für anglikanische Bischofs- ernennungen tragen. Die Church of England erinnert sich noch der für sie demütigenden Erfahrung des Jahres 1928, als ein aus einer Mehrheit von Nichtanglikanern, Agnostikern und Katholiken zusammengesetztes Parla- ment ihr die Einführung eines neuen Gebetbuches verweigerte. Daß dieses Gebetbuch inzwischen längst praktisch allgemein verwendet wird, hat auch die Notwendigkeit eines großangeleg- ten Rechtskampfes gegen den Staat gemindert. So entschloß man sich in York vorsichtig für eine Verfahrens- weise, deren rechtliche und verfas- sungsrechtliche Auswirkungen noch untersucht werden sollen, an die sich dann noch langwierige Verhandlungen mit Krone und Parlament anschließen werden, die aber die eigentliche „Aus- wahl“ der Kirche selbst überlassen

würde. Dies ist bereits bei der Ernen- nung neuer Suffragan- oder Hilfs- bischöfe üblich, wenn durch den Diöze- sanbischof zwei Namen in der Reihen- folge der Auswahl dem Premier- minister vorgelegt werden, und still- schweigendes Einvernehmen besteht, daß der erstere vom Premierminister der Königin zur Ernennung empfoh- len wird.

Des weiteren verpflichtete die Generalsynode die Church of England zur vollen Beteiligung an der vorgesehe- nen Kommission, deren Ziel die „sicht- bare Vereinigung“ der Hauptkirchen Großbritanniens sein wird. Die auf der Kommission vertretenen anglika- nischen Repräsentanten werden, bevor sie Verhandlungen über ein bestimm- tes Unionschema beginnen, die Billi- gung der Synode einzuholen haben. Diese neue ökumenische Entschlossen- heit wurde von dem Hauptbefürwor- ter *Leslie Brown*, Bischof von St. Ed- mundbury und Ipswich, bewußt mit dem Unionsplan der Kirche von Süd- indien verbunden, für die sich Brown vor dreißig Jahren besonders ein- gesetzt hatte, wenn die anglikanische Kirchenversammlung damals auch die erforderliche Stimmenmehrheit ver- sagte. Brown betonte, daß die Formu- lierung der Entschließung „die sicht- bare Einheit des gesamten christlichen Volkes in Großbritannien“ von katho- lischer und baptistischer Seite stamme. Wenn letztere auch selbst nicht einer solchen organisierten Körperschaft voll beitreten könnten, strebten sie jedoch mit ihr eine enge Verbindung an, so daß sie innerhalb des Glaubens und der Ordnung einer solchen vereinten Kirche stehen würden — in einem ähnlichen Verhältnis wie die katholi- schen Ordensgemeinschaften zur ka- tholischen Kirchenstruktur.

Finanzsorgen und Besoldungsreform

Der im November in den Ruhestand tretende anglikanische Primas *Michael Ramsey*, unter dessen Führung die ökumenische Idee in der Church of

England groß entfaltet worden ist, sagte, es wäre falsch, wenn die erhoffte „sichtbare Einheit“ in separaten kon- fessionellen Sektoren Ausdruck finden würde, etwa mit baptistischen, presby- terianischen, anglikanischen und rö- misch-katholischen Abendmahlslehren. Die „Gespräche über Vereinigungs- gespräche“ sollten flexibel geführt wer- den und auch andere Formen der „sichtbaren Einheit“ offen lassen. Ramsey betonte, die Anglikaner müß- ten sich bei diesen Unionsplänen vor- her darüber einig werden, wie sie zur Kirchenordnung stünden und ob diese dem südindischen oder nordindischen oder einem anderen Muster folgen sollten. Kritisch äußerte sich der De- kan von Ripon *F. E. Le Grice*, der im Mai 1972 gegen die anglikanisch- methodistische Wiedervereinigung ge- stimmt hatte, der damals die erforder- liche Synodenmehrheit auch versagt war (vgl. HK, Juni 1972, 272). Die „unbegrenzten Zielsetzungen der neuen Gespräche“ könnten nicht darüber hin- weghelfen, daß die römischen Katho- liken und Baptisten nicht voll beteiligt sein würden. Andere Teilnehmer an der Debatte meinten jedoch optimisti- scher im Sinne von Dr. Ramsey, daß zumindest eine aktive Teilnahme an den Gesprächen seitens des katholi- schen Flügels der Church of England, der römischen Katholiken und ortho- doxen Kirchen dem neuen multilate- ralen Einheitsbestreben dienlich sein werde.

Die schweren finanziellen Sorgen der Church of England waren außerhalb der Synode von der Presse durch einen exzentrischen, aber unrepräsentativen Vorschlag des Rev. *Valentin Fletcher*, „eine Klerus-Gewerkschaft“ zu bilden, hochgespielt worden. Fletcher will nach dem erpresserischen, aber bewähr- ten Vorbild der mächtigen britischen Gewerkschaftsverbände mittels eines „pastoralen Bummelstreiks“ Gehalts- verbesserungen erwirken. Damit würde er nur offene Türen einrennen, da die Notwendigkeit einer besseren Bezah- lung von niemand bestritten wird, der kirchlichen Verwaltung aber einfach die Mittel fehlen. Dem „first report“

der church commissioners zufolge sind 2825 (31,8%) Pastoren mit einem Jahresgehalt von unter 1650 Pfund (9900 DM) entschieden unterbezahlt, 3271 Pastoren (36,8%) mit Jahresgehältern zwischen 1650—1849 Pfund, 2287 Pastoren (31,4%) mit über 1850 Pfund im Jahr nicht viel besser dotiert. In der inflationären Allgemesinsituation Großbritanniens ist jedoch auch dem Klerus nicht anders zu helfen als mit der Aufforderung, die Gürtel enger zu schnallen, ihre Gemeinden einen größeren Anteil der Verwaltungskosten selbst tragen zu lassen und Reformen in den veralteten Gehälterstrukturen zu schaffen — nicht weniger als 14 000 Formen der Bezahlung sind in den 43 Diözesen der Church of England üblich.

Selbstvorstellung des designierten Primas

Die materiellen und strukturellen Sorgen der Church of England werden jedoch von den überragenden spirituellen Problemen in den Schatten gestellt. Dafür sorgte der Hinweis des Bischofs von Coventry, *Cuthbert Bardsley*, daß die anglikanische Kirche heute

kaum zehn Prozent der britischen Bevölkerung mehr anzusprechen fähig sei. Diese realistische Erkenntnis lag auch der grundsätzlichen Ansprache des Erzbischofs von York, *Donald Coggan*, der im November die Nachfolge Dr. Ramseys antreten wird, zugrunde. Der evangelischen Tradition entsprechend, die ihn von dem bisherigen, der anglo-katholischen oder hochkirchlichen Richtung angehörenden Primas unterscheidet, betonte Dr. Coggan „die prophetische Rolle“, die der Church of England in seiner Sicht in der heutigen Krise Großbritanniens zukomme, und der er den Vorrang vor anderen, die Kirche übermäßig beschäftigenden strukturellen Lebensfragen zuerkennen würde. Mit dieser Situation, sagte er, werde von der anglikanischen Kirche immer wieder die Neubekräftigung und Neuinterpretation ihres Glaubens verlangt: wichtiger, als sich darum zu sorgen, wie man überleben könne, sei die Notwendigkeit, im evangelischen Sinne über die eigenen Grenzen hinauszugehen und die Bekehrung des einzelnen wie auch einen neuen, vom Heiligen Geist gestärkten sozialen Lebensstil zur christlichen Hauptaufgabe zu erheben.

Die Weltmissionskonferenz der Evangelikalen

Anders, als es manche deutschen Strategen planten, verlief die Weltmissionskonferenz der Evangelikalen vom 16. bis 25. Juli 1974 in Lausanne. Nicht die Konfrontation mit dem von einigen der ca. 3000 Delegierten aus 148 Ländern der Wegbereitung des Antichristen angeklagten ÖRK bzw. seinem „Genfer Stab“ lag den meisten Missionsbewußten am Herzen. Ihre Sorge wurde versinnbildlicht durch eine „Bevölkerungsuhr“ im Foyer des Kongreßpalastes, die das Anschwellen der Weltbevölkerung von Minute zu Minute anzeigte. Sie wollten vor allem den Missionsbefehl Christi erfüllen und möglichst viele Menschen zu sei-

nem Evangelium bekehren, alles weitere aber seiner Wiederkunft überlassen. Selbst der Evangelist *Billy Graham* aus USA, der den Kongreß mitfinanziert hatte, erwartete auf seine Art ein „Pfingsten des 20. Jahrhunderts“, doch keine Gegeorganisation zum Weltkirchenrat. Geld für die Mission sei so reichlich vorhanden wie noch nie, meinte er in einem Augenblick, da der Weltkirchenrat Schwierigkeiten hat, die nunmehr von Djakarta nach Nairobi verlegte Vollversammlung 1975 zu finanzieren.

An Selbstbewußtsein freilich fehlte es auch sonst nicht. Die Teilnehmer verglichen ihren Kongreß sogar mit

der Weltmissionskonferenz von 1910 in Edinburgh, wo der Weltmissionsrat gegründet worden war, der 1961 in den Weltrat der Kirchen integriert wurde und als „Abteilung für Evangelisation und Weltmission“ fortlebt. Deren Direktor, der Lateinamerikaner *Emilio Castro*, war in Lausanne und fühlte sich, wie er sagte, unter „seinen alten Freunden“ wohl. Er verspürte nicht viel von der Feindschaft, die bei vorwiegend deutschen Delegierten seit der „Berliner Erklärung“ vom Mai 1974 laut wurde (HK, Juli 1974, 335 f.).

Biblische Erklärung zur Evangelisation

Unter dem Einfluß der Evangelikalen aus Lateinamerika trat die Antithese zur politischen Theologie und dem Vorrang sozialer Verantwortung zurück. Evangelisation intendiere auch soziale Verantwortung, wenn nur immer klar bleibe, daß Versöhnung mit den Mitmenschen noch nicht Versöhnung mit Gott ist. Bekehrung zu Christus bleibt die Hauptsache. Das sollten die Mitgliedskirchen des ÖRK bedenken. Der „Geist von Lausanne“, wie ihn Graham nannte, solle mit der Autorität der Bibel dafür wirken, daß nicht „anstelle der Kirche, die die Welt verändert, die Welt die Kirche und deren Botschaft verändert“. Man wolle nicht die wissenschaftliche Theologie ablehnen, wenn sie durch die Bibel Gott sein eigenes Wort sagen läßt. Und „kein Moratorium“ für die Missionare! Mehr Missionare sollten ausgesandt werden, um den Völkern der Dritten Welt bei der Selbstfindung zu helfen, allerdings unter Gewährung von mehr Eigenverantwortung.

So wurden nicht die vorher versandten Resolutionen und Hauptvorträge bestimmend, darunter der von Prof. *Peter Beyerhaus* (Tübingen) (epd Dokumentation, 24. 6. 74). Wesentlicher war die gegenseitige Vergewisserung in vielen kleinen Arbeitsgemeinschaften, in denen das Gebet vorherrschte. Der Generalsekretär der evangelikalen Studenten Kanadas, der Peruaner